2010/16 Reportage

https://www.jungle.world/artikel/2010/16/hundert-tage-trauer

Die Feierlichkeiten zum Gedenken an den Genozid in Ruanda

Hundert Tage Trauer

Von **Kolja Lindner**

In Ruanda begannen am 7. April die Gedenkfeierlichkeiten an den Genozid im Jahr 1994, dem rund eine Million Menschen zu Opfer fielen. Bei den offiziellen Veranstaltungen kam die Kritik vieler Verbände von Überlebenden am Umgang des ruandischen Regimes mit dem Genozid allerdings zu kurz.

Die Trauerwochen in Ruanda, die an den Genozid im Jahr 1994 erinnern, wurden dieses Jahr bereits im Vorfeld von Anschlägen überschattet. Die Zeit des Gedenkens, die traditionell 100 Tage dauert, wurde daher dieses Jahr mit besonderer Spannung erwartet. Im Februar fanden in der ruandischen Hauptstadt Kigali drei Anschlägen statt, die 30 Verletzten und einen Toten forderten. Zwei Granaten explodierten an einem zentralen Kreisverkehr, die dritte detonierte am Busbahnhof, ein paar hundert Meter entfernt. Wer das Land bereisen will, kommt an diesem Bahnhof kaum vorbei. In Ruanda, das etwa so groß ist wie Mecklenburg-Vorpommern, ist man von Kigali aus in wenigen Stunden überall. Das »Land der tausend Hügel«, wie man in Ruanda das eigene Land gerne bezeichnet, wird von einem autoritären Regime regiert und gilt eigentlich als sicher. Spekuliert wurde nach den Anschlägen über die Verantwortung der kürzlich aus dem Exil zurückgekommenen Oppositionspolitikerin Victoire Ingabire Umuhoza, die in Europa tatsächlich in enger Verbindung mit politischen Organisationen von geflüchteten génocidaires stand. Andere lasteten die Verantwortung Generälen an, die sich mit Staatschef Paul Kagame überworfen haben und ins Exil gegangen sind. Dies könnte auf einen fortgesetzen Zerfall der Loyalitätsbeziehungen im Front Patriotique Rwandais (FPR) hindeuten.
Der FPR wurde 1987 von ruandischen Tutsi im ugandischen Exil gegründet und führte ab 1990 einen Krieg gegen das Hutu-Regime von Präsident Juvénal Habyarimana. Nach Beginn des Genozids im Jahr 1994 war der Krieg in gut drei Monaten zu Ende. Seither regiert der FPR mit seinen Verbündeten. Sein Vorsitzender Paul Kagame wurde im Jahr 2000 Staatspräsident.

Die Anschläge waren nicht der einzige Grund für die in diesem Jahr mit Spannung erwartete Trauerzeit. Auch der politische Kalender sorgt für eine gewisse Aufmerksamkeit.

Im August finden zum zweiten Mal seit Ende des Massakers von 1994 Präsidentschaftswahlen statt. Nach den Anschlägen kursierten bereits Gerüchte über die Verschiebung des Urnengangs, die sich bisher allerdings nicht bestätigt haben. Von völlig freien Wahlen geht indessen niemand aus. Eine richtige Opposition gibt es zumindest innerhalb des Landes nicht. Gleichzeitig genießen Kagame und der FPR in der Bevölkerung großen Rückhalt. Dies liegt maßgeblich an der relativen politisch-sozialen Stabilität der vergangenen 16 Jahre in Ruanda.
Die verbreitete Haltung vieler Menschen in Ruanda gegenüber Kagames Herrschaft könnte man als »kritisch-zustimmend« bezeichnen. Ein Jugendlicher aus Gisenyi, einer Stadt im Nordwesten des Landes, der sich selbst Kennedy nennt, bringt dies treffend zum Ausdruck: Der Präsident sei ein »Diktator«, sagt er in untypischer Offenheit. Und während ich mich noch umdrehe, um sicher zu gehen, dass niemand unserem Gespräch lauschen kann, fährt er fort: »Gleichzeitig ist er die derzeit beste Garantie gegen einen erneuten Ausbruch der Massaker.«
Tatsächlich steht heute in Ruanda jegliche Wiederbelebung des sogenannten Divisionismus unter strenger Strafe. Damit wird die ethnische Unterscheidung zwischen Hutu und Tutsi bezeichnet, die einst soziale Kategorien waren und durch den europäischen Kolonialrassismus ethnisiert wurden. Heute wird mit dem Vorwurf des »Divisionismus« in Ruanda Politik gemacht. Missliebige Stimmen werden gegängelt, auch progressive Kritikerinnen und Kritiker des derzeitigen Regimes werden dadurch mundtot gemacht.

Schließlich wurde das Genozid-Gedenken in Ruanda mit Spannung erwartet, da es dieses Jahr im Zeichen der Annäherung an Frankreich steht. Dies ist Ende Februar während des Besuchs von Präsident Nicolas Sarkozy in Kigali deutlich geworden. Sarkozy war der erste französische Präsident, der Ruanda seit 1994 besuchte. Es ist nicht übertrieben, darin einen vorläufigen Höhepunkt im Prozess der Normalisierung zwischen den beiden Ländern nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im vergangenen Jahr zu sehen. Die französische Militärunterstützung für das Regime von Habyarimana bis zum Beginn des Genozids und die französische Militärintervention zugunsten der génocidaires am Ende der Massaker hatte die Führung des FPR dazu bewegt, ab 1994 mit Frankreich zumindest teilweise zu brechen. Auch der Umstand, dass viele génocidaires in den vergangenen Jahren in Frankreich unbehelligt leben konnten, verschärfte die diplomatischen Spannungen zwischen den beiden Ländern. Zuletzt ging der Fall von Agathe Habyarimana, der Witwe des ehemaligen ruandischen Präsidenten, durch die Medien. Sie wurde fünf Tage nach Sarkozys Besuch in Ruanda bei Paris festgenommenen. Ihr und ihrer Entourage wird die Hauptverantwortung für den Genozid an rund einer Million Menschen im Jahr 1994 zugeschrieben.
Nicht nur postkolonial-antirassistische Gruppen in Frankreich wie Survie (Überleben) sprechen daher zutreffend von der »Komplizenschaft« Frankreichs beim ruandischen Genozid.
Während der Trauerzeit stehen in Ruanda die schwer wiegenden Traumatisierungen der Überlebenden im Vordergrund. Die Trauer über verlorene Angehörige, deren Tötung viele Menschen selbst miterleben mussten, sowie die traumatischen Erinnerungen an Demütigungen, Folterungen und Verstümmelungen durch die génocidaires haben die Einwohner des Landes schwer erschüttert. Viele Überlebende haben nur noch wenige oder gar keine Familienangehörigen mehr.

Besonders schlimm traf es die etwa 500 000 Tutsi-Frauen, die während des Genozids vergewaltigt wurden, zum Teil durch HIV-infizierte Männer, die damals eigens zu diesem Zweck aus Gefängnissen geholt wurden. Nahezu alle weiblichen Überlebenden sind Opfer sexualisierter Gewalt geworden, die systematisch als Waffe im Genozid eingesetzt wurde. Mittlerweile benutzen Historikerinnen und Historiker daher auch den Begriff gendercide. Bis zu 10 000 Kinder sind nach Schätzungen aus den Vergewaltigungen hervorgegangen. Die Kinder und ihrer Mütter werden massiv ausgegrenzt, sie leiden oft unter schweren psychischen Störungen und führen ein Leben am Rande der ruandischen Gesellschaft.
Der Umgang mit den Traumata, unter denen Hunderttausende von Menschen in Ruanda leiden, war einer der Schwerpunkte auf der internationalen Konferenz zu den Folgen des Genozids, die im Vorfeld des 7. April in Kigali stattfand. Auf Einladung der Commission Nationale de Lutte contre le Génocide (CNLG) fanden sich insgesamt rund 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Vertreter des ruandischen Staats und weitere Interessierte im noblen Serena Hotel ein, das mitten im Botschaftsviertel liegt. Zweieinhalb Tage lang wurde vor dem Publikum über Probleme der psychischen Gesundheit, der juristischen Aufarbeitung und der politischen Bildung diskutiert. Zweiffellos handelt es sich dabei um dringende Probleme in Ruanda, jedoch konnte man sich bei der Veranstaltung des Eindrucks nicht erwehren, dass sie meilenweit vom Alltagsleben der Menschen entfernt war. Drinnen wurde bei Aperitifs und Häppchen über den Genozid geredet, während draußen vor der Tür Kinder bettelten; das extravagante Outfit einiger Anwesenden ließ sich bestaunen, während viele Menschen auf der Straße sich keine vernünftigen Schuhe leisten können.

Dieser Eindruck erhärtete sich, als mir eine deutsche Dokumentarfilmerin später erzählte, die Fondation Rwanda, in deren Namen die Referentin Glorieuse Uwizeye über Massenvergewaltigungen an Frauen sprach, sei nur eine »Briefkastenfirma«. Die Filmemacherin hat im Rahmen eines Dokumentarfilmprojekts Frauen interviewt, die auf dem Land wohnen und selbst Opfer von sexualisierter Gewalt wurden. Sie berichteten ihr, sie hätten dies herausgefunden, als sie vergeblich einen Finanzantrag bei der Organisation stellen wollten. »Uwizeye ist eingeladen, weil von ihr ein unkritischer Vortrag erwartet wird«, sagten sie.
Tatsächlich hielt sich die Kritik auf der Veranstaltung in engen Grenzen. Es wurde über Zusammenhänge aufgeklärt, die Maßnahmen des ruandischen Staates wurden erläutert, und in der Diskussion begnügten man sich mit harmlosen Anmerkungen. Nur einmal kam es aus den Reihen des Publikums zu grundsätzlicher Kritik. Ein 17jähriger Überlebender des Genozids bemängelte, die finanzielle Unterstützung des staatlichen Fonds d’Assistance aux Rescapés du Génocide sei unzureichend und allein auf materielle Zuwendungen beschränkt. Als Antwort bekam er jedoch nur lange Gegenreferate von den anwesenden Präfekten, die mehr bemüht waren, Ruanda in einem positiven Licht darzustellen, als offen auf Probleme einzugehen.
Auch in der Frage der Vermittlung von Wissen über den Genozid in Schulen und Universitäten, die kontrovers hätte diskutiert werden können, beschränkten sich die Referentinnen und Referenten auf recht einvernehmliche Floskeln. So verteidigte etwa Ernest Matwarasibo, der an der Nationalen Universität von Ruanda forscht, die von offiziellen Stellen verwendete Bezeichnung »Genozid an den Tutsi« als historischen und juristischen Begriff. Diese Einseitigkeit in der Benennung der Opfer, die in den

vergangenen Jahren offizielle Verlautbarungen prägte, verweist zwar zu Recht auf die Ethnisierung. Nicht diskutiert wurde jedoch darüber, dass diese Bezeichnung gleichzeitig eine aktuelle politische Funktion hat und ähnlich missbraucht werden kann wie der Vorwurf des »Divisionismus«.
Schließlich wurden die Vorwürfe gegen die 2001 eingerichteten Gacaca-Gerichte allzu schnell beiseite gewischt. Dabei handelt es sich um rund 11000 mit Laienjuristen besetzte Tribunale, die sich in gut einer Million Verfahren an der juristischen Aufarbeitung des Genozids versucht haben. Die Ehrenamtlichkeit der Verfahrensvorsitzenden habe in vielen Fällen Bestechung gefördert, kritisieren viele Überlebende. »25 Dollar für einen Mord und du bist frei«, erzählt man sich über die Verfahren. Auf der Konferenz der CNLG wurden diese Vorwürfe nicht thematisiert.
Die Zusammenkunft war eine Propagandaveranstaltung der Regierung, ähnlich wie die offizielle Gedenkfeier im Amahorro-Stadion von Kigali am 7. April. Der Ort hat für viele Ruanderinnen und Ruander eine historische Bedeutung. Hierhin flüchteten sich im April 1994 über 10 000 Menschen, die unter dem Schutz der UN die Massaker überlebten.

Am Tag der Gedenkfeier füllte sich das Stadion bereits ab sieben Uhr morgens. Bis zu Beginn der offiziellen Feierlichkeiten fünf Stunden später wuchs die Menge auf rund 35 000 Besucher. In 20 Blocks standen die Menschen dicht gedrängt, unter Schirmen suchten sie Schutz vor der brennenden Sonne. Eine der ersten Durchsagen lautete, man solle Personen, die psychische Probleme bekommen, unterstützen und umgehend die Sanitäterinnen und Sanitäter informieren.
Bereits in der ersten halben Stunde nach meiner Ankunft brach eine Frau in laute und hohe Schreie aus – eine typische Situation bei Genozidgedenken in Ruanda, die zeigt, welche psychische Belastung vor allem für die überlebenden Frauen die Trauerzeit darstellt. Die gespenstische Ruhe im Stadion, die nur von diesen Schreien zerrissen wurde, dauerte bis zum Ende der Veranstaltung einige Stunden später an. Irgendwann erhob sich immer an mindestens zwei Stellen im Stadion gleichzeitig eine Wehklage. Die Betroffenen wurden von Unterstützerinnen und Sanitäterinnen hinausbegleitet, um »Ansteckungseffekte« zu vermeiden.
In der Zwischenzeit wurde der Beginn der Gedenkveranstaltung in der zentralen Genozidgedenkstätte im Stadtteil Gisozi in Kigali auf einer großen Leinwand übertragen. Dort kann man eine Dauerausstellung und Massengräber, in denen über 250 000 Menschen bestattet sind, besuchen. Anders als an den dezentralen Gedenkstätten, die sich meist am Ort der Massaker, vor allem in Kirchen, befinden und oft – pädagogisch fragwürdig – lediglich Schädel, Gebeine, Kleidung, Opferzahlen und Daten präsentieren, wird in Gisozi ein klassisches Bildungsziel verfolgt: über Ursachen, den Verlauf und die Folgen des Genozids aufzuklären sowie über den Widerstand gegen ihn.
Neben zahlreichen Texttafeln auf Englisch, Französisch und Kinyarwanda zeigt die Ausstellung Fotos von Opfern und Videodokumentationen von Gesprächen mit Überlebenden. Die Ausstellung endet mit dem fragwürdigen Versuch, den ruandischen Genozid in einen Kontext mit anderen Genoziden und Ausbrüchen kollektiver Gewalt zu setzen: Herero/Nama, Armenien, Shoah, Kambodscha, Jugoslawien. Man mag den anti-eurozentrischen Einsatz dieser Bemühungen, wonach Ruanda nicht »das Andere« der Weltgeschichte repräsentiert, sondern in einer Reihe moderner Massenverbrechen steht, richtig finden. Kriege mit Kriegsverbrechen wie im Kosovo sind dennoch etwas qualitativ

anderes als der ruandische Genozid.
Auch aus anderen Gründen ist die Gedenkanlage in Gisozi fragwürdig. Versuche einer ästhetischen Auseinandersetzung mit der Leere, die der Genozid in der ruandischen Gesellschaft hinterlassen hat, fehlen vollständig. Zudem vermag die Anlage der Massengräber es kaum, das Grauen der vielen Toten zu vermitteln. Hier und da sind Schilder mit der Aufschrift »Please, do not step on mass graves« angebracht.
Gisozi ist eine Gedenkstätte für Anlässe wie den 7. April. Kagame sowie Vertreterinnen und Vertreter anderer Länder und verschiedener Religionsgemeinschaften legten an diesem Tag hier Blumen nieder und entzündeten das »Feuer der Hoffnung«. Danach begaben sie sich ins Amahorro-Stadion, wo die Menge seit Stunden auf sie wartete. Gesang, Tanz und verschiedene offizielle Reden bildeten hier das Programm. Selbst Alain Joyandet, der französische Staatssekretär für internationale Zusammenarbeit und Frankophonie, nahm an der Zeremonie teil. Kagames Rede reduzierte die historischen Probleme klassisch staatsmännisch auf »gute« und »schlechte« Politik und erklärte die international erhobenen Vorwürfe über mangelnde Meinungsfreiheit in Ruanda damit, die westlichen Mächte seien unzufrieden darüber, dass nun über ihre Verantwortung im Genozid gesprochen werde. Es fällt nicht schwer, in dieser Rede ein weiteres Beispiel der Instrumentalisierung des Genozids für die gegenwärtige Herrschaftsinteressen des Regimes zu erkennen. Der Gedenkmarsch von Jugendlichen aus Ruanda und anderen westafrikanischen Ländern am Nachmittag und die anschließende Trauerfeier, die erneut im Amahorro-Stadion stattfand, nahm sich demgegenüber deutlich unaufgeregter und angemessener aus. Andächtig und im Licht der Kerzen, die die Jugendlichen im ganzen Stadion entzündeten, endete dieser Tag. Es war der erste von hundert Tagen der Trauer in Ruanda.
geändert am 05. Mai 2010

© Jungle World Verlags GmbH